

Das verknüpfte Bild kann nicht angezeigt werden. Möglicherweise wurde die Datei verschoben oder gelöscht. Bitte überprüfen Sie die URL.

Killeralgen, Herkulesstauden und Baumschlangen

Aggressive Eindringlinge gefährden weltweit den Reichtum an Tier- und Pflanzenarten – Globalisierung verschärft Problem

Von unserem Redakteur Wolfgang Blatz Viele Menschen wissen: Die natürliche Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt steht auf der Kippe. Was viele nicht wissen: Eine der wichtigsten Ursachen für die Gefährdung sind fremde Tiere und Pflanzen, die von Touristen eingeschleppt werden oder die sich durch den schrankenlosen Handel rund um den Globus ausbreiten.

Derzeit macht eine Gärtnerei im Schwäbischen – mit Hilfe des Radios und des Internets – mächtig Werbung für eine pflanzliche Abschreckwaffe: Die „Verpiss-Dich-Pflanze“ soll durch ihren „Duft“ Hunde und Katzen im Umkreis von zwei Metern von Gärten und ihren Beeten fernhalten. „Exklusiv“ hat sie der Gärtnereibesitzer aus Australien eingeführt; dort schützt *Coleus canin*, so der lateinische Name, schon seit langem gepflegtes Grün vor Wildhunden und Wildkatzen.

Wieder einmal wird ein fremdes Gewächs nach Deutschland eingeführt – mit den besten Absichten. Und nicht gegen das Gesetz: Nur das Aussetzen in der freien Natur bedarf der Erlaubnis der Naturschutzbehörde. Doch wieder einmal kann niemand garantieren, dass die fremde Pflanze nicht doch ihr Beet verlässt und sich ausbreitet.

Auch Herkulesstaude (Riesen-Bärenklau), Traubenkirsche und indisches Springkraut wurden hierzulande mit guten Intentionen angesiedelt – mittlerweile jedoch stellen die einstigen Zierpflanzen ein ernstes Problem dar.

„Sie kommen nicht dagegen an“

Beispiel amerikanische Traubenkirsche: Das Bäumchen, das schwer entflammbar ist, sei vor rund 200 Jahren eben aus diesem Grund nach Norddeutschland importiert worden, sagt Frank Barsch vom Umweltverband WWF. Nun jedoch habe sich die Traubenkirsche in Kiefern- und Eichenwäldern unkontrolliert ausgebreitet und verdränge die heimischen Gewächse. Da die Traubenkirsche stinke, werde sie von Tieren in Ruhe gelassen. „Es gibt Landkreise, die haben zur chemischen Keule gegriffen, um den Baum loszuwerden“, sagt Barsch. „Doch sie kommen nicht dagegen an.“

Im Süden Deutschlands gilt der Kampf vor allem dem indischem Springkraut, das wie die Herkulesstaude ein einjähriges Gewächs ist. Das heißt: Die Pflanzen vermehren sich schnell und verdrängen alles andere. Die Herkulesstaude, die aus Asien kommt und über drei Meter hoch wird, kann dem Menschen sogar gefährlich werden: Ihr Saft ist giftig, und wer mit ihren Blättern in Berührung kommt, muss damit rechnen, einen Hautausschlag zu bekommen.

Solche Invasoren aus fremden Gefilden, seien es nun Pflanzen oder Tiere, sind in Deutschland unerwünscht – weltweit sind sie ein großes Problem. In verschiedenen Projekten, die teilweise von den Vereinten Nationen (UN) unterstützt werden, untersuchen Forscher das Phänomen.

Das Umweltprogramm der UN (Unep), das vom früheren deutschen Bundesumweltminister Klaus Töpfer geleitet wird, weist darauf hin, dass die Artenvielfalt auf der Erde zwar hauptsächlich durch den Menschen gefährdet sei, der Wälder in großem Stil rode und riesige Flächen zubetoniere. Als zweitgrößte Gefahr gilt Unep dann aber schon das Eindringen fremder Organismen, Pflanzen und Tiere. Auf den artenarmen tropischen Inseln gelten importierte Spezies gar als Problem Nummer eins. So schleppten im Zweiten Weltkrieg die Amerikaner auf der Pazifikinsel Guam neben Nachschub auch die Baumschlange ein. Diese hat seither mehr als ein Dutzend Vogelarten ausgerottet – denn denen waren Schlangen gänzlich unbekannt und sie flüchteten nicht.

Das ist denn auch das Problem mit schwer zu kontrollierenden Eindringlingen: Sie haben meist keine natürlichen Feinde. Zudem können sie sich, da sie vielleicht ein kargeres Leben gewöhnt sind, unter günstigen Bedingungen viel schneller vermehren als die heimischen Tiere und Pflanzen. So können fremde Pflanzen letztlich bewirken, dass ganze Tierarten aussterben, weil deren Nahrungskette durchbrochen ist. Oder sie verursachen Ernteausfälle. Das amerikanische Landwirtschaftsministerium schätzt, dass exotische Eindringlinge in den USA jährlich für rund sieben Milliarden Dollar Schaden anrichten.

Für Deutschland existieren vergleichbare Zahlen nach Auskunft des Bundesamtes für Naturschutz nicht. Die amtlichen Naturschützer schätzen aber, dass sich hierzulande bereits über 420 gebietsfremde Pflanzenarten dauerhaft eingebürgert haben. Dreißig davon gelten als problematisch und werden bekämpft.

Das Problem der Eindringlinge aus fremden Gegenden ist alt. Doch das Rad dreht sich immer schneller: Im Zeitalter der Globalisierung sind Waren und Menschen in nie gekannter Zahl um die ganze Erde unterwegs. In Containern, in Pflanzenerde setzen sich Samen unerwünschter Arten und Insekten fest. In den Ausgleichstanks der riesigen Containerschiffe, die diese immer wieder auffüllen und später in einer anderen Weltgegend ablassen, tummeln sich fremde Muscheln und andere Meeresorganismen.

Manchmal passiert auch ein Unfall, bei dem eine Spezies ins Freie entkommt. So wie im Fall der Killeralge. Diese Algenart aus dem Roten Meer und dem Indischen Ozean, die nun das Mittelmeer bedroht, entkam vermutlich beim Reinigen des Aquariums von Monaco. Die Killeralge überwuchert die natürlichen Algen des Mittelmeers in rasantem Tempo – und zerstört dabei die Laichgebiete von Fischen. Ein bekannter Fall aus

Deutschland: Einige der im vorigen Jahrhundert eingeführte Bisame sind aus Pelzfarmen entkommen; seither richten die Nachkommen der Nager beträchtlichen Schaden an.

Begehrte Exoten

Sehr häufig werden neue Tier- und Pflanzenarten indes bewusst importiert. Das Problem ist somit nicht nur ein biologisches, sondern auch ein menschliches: Touristen, Pflanzen- Tier- und Aquarienfreunde, die sich „Exoten“ zulegen, müssten besser darüber aufgeklärt werden, was ihr Tun bewirken kann. Gefahren für die Umwelt bilden eben nicht nur Gentechnik und damit manipulierte Organismen, sondern auch „natürliche“ Spezies.

Um dieser Gefahr begegnen zu können, sind schärfere rechtliche Vorschriften denkbar – beispielsweise was die Einfuhr, das Mitbringen fremder Pflanzen und Tiere betrifft. Für Deutschland existiert bereits eine Verbotsliste, auf der invasive Arten wie Schnappschildkröte oder Grauhörnchen stehen.

Allerdings, so sind sich die Juristen (nahezu) einig, sind verschärfte Regeln schwierig in einer Zeit, in der der Weltmarkt und der Europäische Binnenmarkt frei zugänglich sein sollen. Vorerst plant das Bundesamt für Naturschutz daher eine Internet-Seite einzurichten, auf der jeder Bürger Informationen zu potentiellen Eindringlingen abrufen kann.

Datum: 20.06.2001

Bereich: Mantel

Seitenname: 03POLI

Thema: Politik

Autor: BLATZW

Quelle: RHP

Umfang: 999

Ressort: POLI

Artikelnummer: HERM-1986589

DCID: 1986589-0619-182435

Bremser von Bord

Von Wolfgang Blatz

Ein Gutes hat das „Nein“ des US-Präsidenten George W. Bush zum Klimaschutz: Nun ist endlich klar, dass sich die Vereinigten Staaten nicht in ein internationales Vertragswerk einbinden lassen wollen, um auf dessen Grundlage den Kampf gegen den Treibhauseffekt aufzunehmen. Bushs Vorgänger, der Demokrat Bill Clinton, hat zwar den Klimaschutz offiziell immer für wichtig befunden – allein, bei den Verhandlungen sind die USA zusammen mit Australien, Kanada, Neuseeland und Japan als Bremser aufgetreten. Die Lobby der Ölindustrie sitzt eben allen US-Politikern im Nacken. Jetzt, da das Land, das vor allem mit sich selber Handel treibt, auf eine Rezession gepaart mit einer Energiekrise zusteuert, hat der neue Präsident Bush gleich reinen Tisch gemacht. Es bleibt abzuwarten, ob der Ausstieg der USA der „Tod“ des globalen Klimaschutz-Prozesses ist. Vielleicht kann dieser nämlich jetzt erst richtig losgehen, nachdem der größte Bremser von Bord gegangen ist. Die Japaner jedenfalls, als weitere große Industrienation, haben signalisiert, dass sie dabei bleiben. Die Europäer sowieso. Vielleicht auch aus diesem Grund: Die Amerikaner verschließen sich mit ihrem „Nein“ zum Klimaschutz und zum Energiesparen gleichzeitig neuen Technologien, etwa der Brennstoffzelle. Was so eine Haltung bedeuten kann, ist heute schon bei Autos zu beobachten: Deutsche Fabrikate lassen amerikanische in puncto Spritverbrauch und Eigenschaften weit hinter sich. Ein hoher Qualitäts- und Lebensstandard setzt eben nicht automatisch hohen Energieverbrauch voraus. Der Ausstieg der USA aus dem Klimaschutz muss nicht dessen Ende bedeuten.

Datum: 31.03.2001

Umfang: 999

Thema: Politik

Quelle: RHP

Ressort: POLI

Seitenname: 02POLI

BSE als Chance

Von Wolfgang Blatz

Die These sei gewagt: Die Europäische Union wurde gegründet als Wirtschaftsunion, inzwischen ist sie sogar auf dem Weg zur Währungsunion – um aber auch in Zukunft ein erfolgreiches Projekt zu sein, um die Herzen der „Menschen auf der Straße“ zu erreichen, muss die EU zudem eine Umwelt- und Verbraucherunion werden. Dazu zwei Beispiele aus der allerjüngsten Zeit: Anfang Dezember fand im französischen Nizza ein EU-Gipfel statt, der in die Geschichtsbücher hätte eingehen sollen. Ist er ja auch. Aber nicht etwa, weil am Mittelmeer mutig die Weichen für die Erweiterung der Gemeinschaft gen Osten gestellt worden wären, sondern weil in Nizza jeder Staat ungeniert auf seinen eigenen Vorteil schielte. Kompetenzen in wichtigen Fragen wurden nicht abgegeben, die neuen Regeln für das Miteinander in der Union sind so kompliziert, dass das Europäische Parlament (die einzige direkte Vertretung der Bürger in Europa) erwägt, seine Zustimmung zu den Beschlüssen von Nizza zu verweigern. Ist das jüngste Gipfeltreffen also eine Metapher dafür, dass sich die Institution „EU“ noch ein Stück weiter von den Bürgern entfernt hat, so zeigt die BSE-Krise, dass die Union als bloßer Wirtschaftsraum keinen Bestand haben wird. Angefangen hat das Übel mit dem Rinderwahn, als die Briten aus wirtschaftlichen (!) Erwägungen heraus dazu übergingen, Kadaver an Wiederkäuer zu verfüttern. Das Schielen auf die Fleischmärkte verhinderte, dass radikal gegen die Seuche vorgegangen wurde. Erst vier Jahre, nachdem das Krankheitsbild von BSE definiert wurde, verhängte die EU als erste Maßnahme ein Exportverbot für britische Rinder. Am Kampf gegen BSE zeigt sich das ganze Übel der Umwelt- und Verbraucherpolitik der EU in den neunziger Jahren. Ein Kennzeichen: Der Ministerrat – dort treffen sich die jeweiligen Minister der Nationalstaaten – hat weiterführende Entscheidungen blockiert, das EU-Parlament hat sich darüber echauffiert, und die EU-Kommission hat mitunter recht lax Richtlinien und Verordnungen formuliert. Die Verwicklungen um BSE waren schließlich mit ein Grund, warum im Frühjahr 1999 erstmals eine EU-Kommission zurücktreten musste. Vieles hat sich seither zum Besseren verändert – auch unter dem Eindruck, dass die „modernen“ Umweltprobleme grenzüberschreitend sind, und dass nationale Regierungen alleine dagegen nicht ankämpfen können. Neben BSE zählen zu den Problemen beispielsweise der Treibhauseffekt oder die wachsenden Berge an Altfahrzeugen. Dennoch: Kommt es zum Schwur, neigen die Regierungen der einzelnen EU-Länder dazu, in erster Linie ihre heimischen Industrien im globalen und europäischen Wettbewerb zu schützen; erst der zweite Gedanke gilt den Verbrauchern. So besehen enthält die BSE-Krise noch jede Menge politischen Sprengstoff. Die Verbreitung des Rinderwahnsinns zeigt deutlich, dass der Staat gebraucht wird und regulierend eingreifen muss. Der Markt regelt vieles, aber eben nicht alles alleine, wie es der neoliberal angehauchte Zeitgeist eine Zeitlang suggeriert hat. BSE ist daher auch eine Chance für die EU: Es wird eine Institution benötigt, die über nationalstaatlichen Egoismen steht – und die im Krisenfall die Rechte der Verbraucher und der Umwelt schützen kann. Allen Beteuerungen zum Trotz ist dieses Ziel allerdings bei weitem noch nicht erreicht. Ein Beispiel: Die Mitgliedsländer der Europäischen Union haben sich zwar darauf verständigt, eine EU-Lebensmittelbehörde ab 2002 einzurichten. Doch diese Behörde ist nur ein Papiertiger. Denn Gesetze erlassen oder betrügerische Futtermittelhersteller verfolgen wird die Behörde nicht können. Dies ist und bleibt Sache der Nationalstaaten. Noch immer also ist die EU vor allem eine Wirtschaftsunion. Doch BSE hat bereits eine EU-Kommission zum Wanken gebracht – warum nicht auch alte, starre Regeln? Die BSE-Krise führt dazu, dass sich die EU auch als Verbraucherunion begreift – und nicht nur als Wirtschaftsunion. „Die Verbreitung des Rinderwahnsinns zeigt, dass der Staat gebraucht wird und regulierend eingreifen muss.“

Datum: 03.01.2001

Umfang: 999

Thema: Politik

Quelle: RHP

Ressort: POLI

Seitenname: 02POLI

Der Frühling kommt früher, der Herbst beginnt später

Klimaänderungen sind bereits heute zu beobachten

Computermodelle zum Klimawandel beschäftigen sich damit, wie das Weltklima in 50 oder 100 Jahren ausfallen könnte. Dass sich indes das Klima in Deutschland bereits merklich verändert hat, darauf machen Biologen wie Peter Fabian aufmerksam. Der Inhaber des Lehrstuhls für Bioklimatologie und Immissionsforschung an der Münchener Ludwig-Maximilians-Universität verweist zum Beispiel auf „das verstärkte Waldwachstum“.

Ein stärkeres Wachsen der Bäume – in Zeiten des Waldsterbens? Ja, meint Fabian: „Viele Waldbestände in Mitteleuropa zeigen trotz Nadel- und Laubverlusten erstaunliche Zuwächse.“ Diese seien nur zum Teil durch Überdüngung zu erklären (Stickstoff beispielsweise aus der Landwirtschaft gelangt über die Luft in den Wald). Vielmehr sei in Mitteleuropa über die vergangenen 100 Jahre hinweg die Durchschnittstemperatur angestiegen. Mit der Folge, dass sich – begünstigt durch warme, feuchte Winter – die Vegetationszeit verlängert habe. Aufgrund von Beobachtungen über einen Zeitraum von 30 Jahren hinweg wisse man, „dass sich die Frühjahrsphase (Blattentfaltung, Blüte ...) heute rund sechs Tage früher einstellt als vor 30 Jahren.“ Die Herbstphase verspäte sich hingegen um fünf Tage.

Was so positiv klingt, könnte für die Zukunft des Waldes gravierende Folgen haben. Denn aufgrund der trockeneren Sommer werden die genügsamen Kiefer- und Eichenarten zwar besser wachsen, die Buche hingegen und sogar die Fichte werden „Probleme kriegen“. Dies sagt Fabian auch mit Blick auf die zu erwartenden häufigeren und stärkeren Stürme à la „Lothar“, die in Wäldern verheerenden Schaden anrichten können. (WOLFGANG BLATZ)

Datum: 16.07.2001
Bereich: Mantel
Seitenname: 03POLI
Thema: Politik

Quelle: RHP
Umfang: 999
Ressort: POLI
Artikelnummer: HERM-2096896

Der Rhein: Extreme Pegel Klima-Folgen für den Fluss

Eine weltweite Klimaveränderung hat auch Auswirkungen auf eine der wichtigsten Wasseradern Europas, den Rhein. „Es wird wohl vermehrt zu extrem unterschiedlichen Wasserständen kommen“, zeigt sich der Geschäftsführer der Internationalen Kommission zum Schutz des Rheins (IKSR), Harm Oterdoom, besorgt. So gingen die Klimamodelle davon aus, dass hierzulande im Winterhalbjahr die Niederschlagsmenge zunimmt, die Sommermonate dagegen trockener werden. Aufgrund der höheren Durchschnittstemperaturen werde im Alpenraum, in dem der Rhein entspringt, wohl weniger Schnee und mehr Regen niedergehen. „Weil gleichzeitig die Gletscher schrumpfen, bedeutet das: Wir haben keinen Puffer mehr, der die riesigen Wassermengen zurückhält, das Wasser fließt direkt ab – mit der Folge, dass es am Rhein höhere Hochwasserpegelstände geben wird als bisher“, sagt Oterdoom.

Den getroffenen Vereinbarungen der Rhein-Anrainerstaaten zufolge soll der Maximalpegel unterhalb von Iffezheim mit Hilfe neuer Polder bis 2005 um 30 Zentimeter, bis 2020 um 70 Zentimeter gedrückt werden. „Doch wegen der Klimaänderung“, so prognostiziert der IKSR-Geschäftsführer, „ergibt sich extra Handlungsbedarf.“

Im Sommerhalbjahr hingegen dürfte vermehrt das gegensätzliche Problem auftreten. Freilich hätte ein niedriger Rheinpegel aufgrund von Trockenheit nicht nur Auswirkungen auf die Schifffahrt. Auch die Trinkwassergewinnung wäre betroffen. Oterdoom: „Die Qualität könnte leiden, weil Giftstoffe nicht mehr so verdünnt werden.“ Trinkwasser direkt aus dem Rhein gewinnen insbesondere die Niederländer für den Großraum Amsterdam. Aber auch die Deutschen, die ihr Trinkwasser ansonsten aus Uferfiltrat beziehen, entnehmen in Wiesbaden und in Biblis direkt Wasser für die Versorgung des Gebietes Frankfurt bis Darmstadt.

Langfristig niedrige Pegelstände würden auch die Rheinauen bedrohen, einzigartige Naturschutz- und Erholungsgebiete. Außerdem könnten die höheren Temperaturen den Algen im Rhein zu einem rasanten Wachstum verhelfen. Was das bedeuten würde, sagt Oterdoom, „weiß niemand so richtig.“ (WOLFGANG BLATZ)

Datum: 16.07.2001
Bereich: Mantel
Seitenname: 03POLI

Quelle: RHP
Umfang: 999
Ressort: POLI

Eisbären beklagen sich nicht an der Rezeption

Der Klimagipfel in Bonn: Rüdes Geschacher, ehrliche Gefühle und eine Supermacht, die keine Rolle spielen will

Aus Bonn berichtet unser Redakteur Wolfgang Blatz

Am Schrank im Hotelzimmer hängt ein Pappschild. „Liebe Delegierte der Weltklimakonferenz. Sie haben es jetzt möglicherweise ungemütlich warm. Nun, dieses Schicksal teilen Sie mit vielen Eisbären, Rentieren und anderen Tieren der Polarregion. Der einzige Unterschied: Die Tiere beklagen sich nicht an der Rezeption. Sie sterben einfach aus.“ Schöne Grüße vom Umweltverband WWF, der dieses Anhängsel hundertfach in den Bonner Hotels verteilt hat.

Ob dieser Mahnruf die Delegierten wach rüttelt? Vor allem jene, die bisher als Bremser in den Verhandlungen auftraten? Dass indes auch hartgesottene Klima-Unterhändler Gefühle zeigen können, zeigt sich bei der Eröffnung. Neben allerlei honorigen Redner klettern auch zwei „Repräsentanten der Jugend“, wie es so schön heißt, aufs Podium. Mrs. Fatoumata Ndure aus Gambia und Mr. Haun Nixon aus Großbritannien.

Sie reden nur kurz, doch als sie sprechen, kann man im überfüllten Plenarsaal des Maritim-Hotels eine Stecknadel fallen hören. „Wir wollen mehr gehört werden“, sagen sie. Und: „Unsere Generation muss die Beschlüsse ausbaden, die nun fallen werden – oder auch nicht fallen.“ Der Teenager aus Gambia wird noch deutlicher: „History will never forgive you.“ Entscheidet Euch, wie ihr in die Geschichtsbücher eingehen wollt. Stunden später freilich haben sich die Klima-Diplomaten wieder der Emotionen entledigt. Business as usual – es wird diskutiert, geschachtert, verhandelt, analysiert wie eh und je. Auf den Gängen und bei Pressekonferenzen werden Neuigkeiten über jüngste Lähmungserscheinungen und Grabenkämpfe der Konferenz ausgetauscht.

Von letzteren gibt es eine Menge. Schließlich stehen sich eine Vielzahl von Interessengruppen gegenüber.

Kein Wunder, die Delegierten kommen aus 178 Ländern. Sie lassen sich grob in drei Hauptgruppen unterteilen: Die EU und befreundete Staaten, die so genannte „Regenschirm-Gruppe“ (bestehend aus den USA, Japan, Kanada, Australien, Neuseeland und Russland) sowie die Entwicklungsländer, die sich mit dem bevölkerungsreichsten Land der Erde, China, zur G-77-Gruppe zusammengeschlossen haben.

Freilich kochen innerhalb dieser Hauptgruppen diverse Länder ihr eigenes Süppchen. So kann es passieren, dass der iranische Abgesandte, der derzeit den Vorsitz bei der G-77-Gruppe hat, verkündet: Die Entwicklungsländer lehnen Atomkraftwerke, die keine Treibhausgase emittieren, als Möglichkeit der Klimaschutzpolitik zwischen Staaten ab.

Niederländische Toleranz

Derweil ringen die Inder hinter den Kulissen heftig darum, dass eben der Bau dieser Meiler, der von den Industrieländern bezuschusst würde, als Klimaschutzmaßnahme durchgeht. Indien ist schließlich kürzlich offiziell zur Atommacht aufgestiegen. Auf dem Gebiet der friedlichen und militärischen Nutzung der Atomkraft, die durchaus gekoppelt sind, arbeitet Indien eng mit Russland zusammen. Weswegen sich Russland bei den Industrieländern für die Kernkraft stark macht. Zumal die Russen – neben dem Export von Atom-Technologie – die Aufarbeitung von Atommüll als mögliche Devisenquelle entdeckt haben.

All diese widerstreitenden Interessen der verschiedenen Gruppen, Untergruppchen oder auch Einzelstaaten unter einen Hut zu bringen, das Misstrauen einzudämmen, das Staaten gegeneinander hegen, verlangt Fingerspitzengefühl. Der Vorsitzende des 6. Weltklimagipfels, der niederländische Umweltminister Jan Pronk, besitzt es in hohem Maße. Der Mann mit den buschigen Augenbrauen und dem ausgeglichenen Temperament beherrscht die hohe Kunst der Diplomatie.

Er führt die „Firma Klimakonferenz“ mit viel Elan und Optimismus. Selbst noch so kleine Fortschritte in einer der Arbeitsgruppen veranlassen ihn zu Bemerkungen wie „Das ist toll. Ich bin zuversichtlich, dass wir es schaffen werden.“ Wenn ein Journalist nach irgendwelchen Streitereien hinter den Kulissen fragt, antwortet ihm Jan Pronk: „Die verschiedenen Interessen sind doch natürlich.“ Er ist der Inbegriff des toleranten Niederländers.

Hellhörig wird die versammelte Journaille allerdings, wenn Pronk laut nachdenkt: „Es mag sein, dass sich die Definition von ‚Ergebnis‘ im Lauf der Konferenz noch ändert.“ Da ist sie wieder, die Sprache der Diplomaten, die mitunter mehr verschleiert als geraderückt.

Die Nichtregierungsorganisationen, die zum Hauptteil aus Umweltschützern auf der einen und Wirtschaftsvertretern auf der anderen Seite bestehen, haben es in dieser Hinsicht einfacher. Sie kämpfen für ihre jeweiligen, klar definierten Anliegen – nationale Grenzen und Eitelkeiten spielen keine Rolle.

Ironie der Geschichte: Bei den Umweltschützern dominieren die Amerikaner. Ob Greenpeace und „Friends of the Earth“ – viele der angereisten Mitglieder kommen aus den Vereinigten Staaten. Die offizielle US-Delegation ist indes nach dem Ausstieg der Bush-Regierung aus dem Kyoto-Protokoll im Vergleich zu früheren Konferenzen um die Hälfte geschrumpft.

Auch die US-Presse ist zahlreich vertreten. Es sei schon ein komisches Gefühl, erklärt ein amerikanischer Kollege, von einer Welt-Konferenz berichten zu müssen, bei der die Delegation des mächtigsten Landes der

Welt keine maßgebliche Rolle spielen. Zumindest nicht offiziell. Denn im Verborgenen zu wirken – auch das gehört zur hohen Kunst der Diplomatie.

RHEINPFALZ 21.7.2001

Leben im globalen Dorf

Von Wolfgang Blatz

„Die Globalisierung kennt nur noch eine Weltinnenpolitik, keine nationale Politik mehr“. „Entwicklungshilfe muss Hilfe zur Selbsthilfe sein.“ „Eine weltweit umfassende Umwelt- und Entwicklungspolitik ist die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts.“ – So lauten die Slogans, die westliche Politiker und Wirtschaftsvertreter seit den achtziger Jahren in ihre Reden einfließen lassen.

In der Tat: Viel ist seitdem geschehen; doch alles in allem sind diese Gedanken nur teilweise umgesetzt worden. Die Schuld, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich auf dieser Welt seit zwei Jahrzehnten weiter geöffnet hat, dass es in Afrika weniger Computer gibt als in einer westlichen Metropole – diese Schuld lässt sich nicht auf einer Schulter alleine abladen. Zugleich steht aber fest: Von der Globalisierung hat besonders der reiche Norden profitiert. Und: Er hat nicht begriffen, dass er mit dem Export seiner Waren, seiner TV-Bilder, seines Lebensstils und seiner Werte lokale Kulturen verändert, ja ausgelöscht hat. Viele Menschen in Asien oder in Afrika fühlen sich ihres Selbstwertgefühls beraubt.

In diesem Umfeld ist der „neue“ Terrorismus gediehen. Zwar sind die Terroristen, wie die Anschläge auf das World Trade Center beweisen, selbst nicht arm. Sie entstammen der Mittel- oder gar der Oberschicht wie der Saudi Osama Bin Laden. Doch sie können das Elend der Massen für ihre Zwecke ausnützen. Dabei bedienen sie sich des Islams – als Gegenentwurf zu einer Zivilisation westlicher Prägung, wie sie von vielen Menschen in der so genannten Dritten Welt abgelehnt wird.

Wer den Kampf gegen den Terrorismus gewinnen will, darf also nicht allein auf militärische Überlegenheit setzen. Er muss gegen die Unzufriedenheit und die Armut angehen, die das Entstehen des Terrorismus erst ermöglichen. Das haben auch die US-Amerikaner immer wieder betont, bevor sie die Bomben gegen Afghanistan scharf machten. Dieser Ansatz darf indes auch dann nicht aus den Augen geraten, wenn der Krieg gegen den Terror sehr lange dauert.

In diesem Zusammenhang ist wichtig, dass die USA ihre Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen (UN) intensivieren. Die Instrumente, um Armut, Hunger und fehlende Bildung auf dieser Welt anzugehen, stehen bereit. So hat die OECD, der Zusammenschluss der reichsten Länder, in Zusammenarbeit mit den UN beschlossen, die bitterste Armut global bis 2015 zu halbieren. Im September 2002 trifft sich die Welt in Johannesburg, um – zehn Jahre nach dem legendären, aber allzu folgenlosen Erdgipfel von Rio – zu beschließen, wie es weitergehen soll im Kampf gegen Ungleichheit und Umweltzerstörung.

Dass der Westen „Globalisierung“ bisher manchmal einseitig interpretiert hat, zeigt das Beispiel des globalen Klimaschutzes, der ja ebenfalls unter dem Dach der UN angesiedelt ist. Viele Wochen vor dem Terroranschlag am 11. September verkündete US-Präsident Bush, sein Land, das den Löwenanteil der Treibhausgase in die Luft bläst, werde aus den internationalen Bemühungen ausscheren. Ein Vertreter jener kleinen Eilande im Pazifik, die beim befürchteten Anstieg des Meeresspiegels aufgrund des Treibhauseffekts verschwinden würden, sprach daraufhin von einer „unverantwortlichen Tat“ der USA. Denn die prognostizierten Klimaveränderungen träfen ausgerechnet jene Gegenden im Süden am härtesten, die sowieso schon arm sind und unter den Widrigkeiten der Natur leiden. Diese Regionen hätten mit noch mehr (Umwelt-)Flüchtlingen, noch mehr Armut, noch mehr Potenzial zu Unruhen zu kämpfen.

Die USA, der Westen insgesamt, müssen mehr auf die Bedenken und Anliegen von Staaten aus anderen Kulturkreisen eingehen. „Globalisierung“ bedeutet mehr als nur der Export von Waren. Der Begriff von der „Einen Welt“ muss mit Leben erfüllt und mit einem finanziellen Unterbau abgesichert werden. Nur so ist Sicherheit im „globalen Dorf“ für alle möglich.

RHEINPFALZ 15.10.2001

Die K.o.-Steuer lebt

Von Wolfgang Blatz

Was wird aus der Ökosteuer? Um die Steuer auf den Energieverbrauch ist es ja zurzeit verhältnismäßig ruhig. Doch im Herbst, spätestens zum Jahresende, wird die „Benzinwut“ wieder auf großer Flamme kochen. Ab 1. November erhebt der Staat auf schwefelhaltiges Benzin eine Sondersteuer von drei Pfennig je Liter – damit sich das schwefelarme und umweltfreundlichere Pendant durchsetzt (was im Übrigen mit der Ökosteuer nichts zu tun hat). Am 1. Januar 2002 tritt dann eine neue Stufe der Ökosteuer in Kraft ...

Und damit sind die Deutschen mitten im Wahlkampf. Um die Ökosteuer dürfte sich ein Gutteil der Kampagnen und Diskussionen drehen. CDU/CSU und FDP haben sie nämlich als Instrument entdeckt, um Rot-Grün auszuhebeln. Die „K.o.-Steuer“ muss weg – letztlich gipfeln die Aktionen in diesem einen Satz. Beifall ist den Rednern sicher. Warum man beim Tanken gleichzeitig die Rentenkassen füllen soll – dieser Zusammenhang ist vielen Bürgern nicht einsichtig.

Doch selbst wenn im Herbst 2002 eine andere Regierung an die Macht käme – einfach die Ökosteuer ausradieren könnte auch sie nicht. Immerhin handelt es sich um über 32 Milliarden Mark, die im Jahr 2003 in die Alterskasse fließen sollen. Wenn die gestrichen werden, müssen eben andere Steuern erhöht werden, beispielsweise die Mehrwertsteuer. Oder es müssen die Rentenleistungen radikal beschnitten werden. Ob diese Alternativen sinnvoller sind, ist äußerst fraglich.

Weil die Mittel für die Rentenkasse unabdingbar sind, wird die Ökosteuer bleiben. Es ist auch sehr schwer vorstellbar, dass sich die Ökosteuer in andere Bereiche umleiten ließe. Hintergrund solcher Überlegungen ist zumeist, so deren Akzeptanz zu erhöhen. Beispielsweise wird überlegt, mit Hilfe der Ökosteuer-Einnahmen die Lohnsteuerlast zu drücken. Freilich: Eine Minderung der Lohn- und Einkommensteuer käme – aufgrund der Freibeträge – vor allem den Besserverdienenden zugute. Bei den Grünen wiederum spukt die Idee herum, mit Hilfe der Ökosteuer den Nahverkehr auszubauen. Doch all diese schönen Pläne lassen sich höchstens mit zusätzlichen Stufen der Ökosteuer finanzieren – und da ist bekanntlich der Kanzler vor.

Doch selbst, wenn die Ökosteuer ungefähr in der jetzigen Höhe bleibt, wird sie nicht so bleiben, wie sie derzeit ist. Denn um die Energietaxe durchzukriegen, hat die Regierung Verrenkungen unternommen. So wurde ausgerechnet die klimaschädliche Steinkohle vom Preisaufschlag ausgenommen; fürs relativ umweltfreundliche Gas muss ebenso viel bezahlt werden wie für die schwefelhaltige Braunkohle. Überhaupt trägt der Privathaushalt eine viel größere Last als die Wirtschaft. An solchen Kompliziertheiten, die verbunden sind mit Ungerechtigkeiten, muss gefeilt werden – bevor neue Stufen kommen.

Zugleich müssen die Verfechter der Steuer ehrlicher werden. Die rot-grüne Variante der Ökosteuer ist verkauft worden als eine Art eierlegende Wollmilchsau. Gleich drei Probleme sollten mit ihr gelöst werden: Klimaschutz, Rente und Arbeitsmarkt. Die Bilanz nach drei Jahren hingegen fällt ernüchternd aus. Die Rentenbeiträge sinken, aber aus konjunkturellen Gründen nicht so stark wie geplant; die ökologische Lenkungswirkung ist moderat, weil eben die Preisaufschläge auf Energie moderat sind; und ob unterm Strich Arbeitsplätze neu entstanden sind, ist nicht eindeutig nachzuweisen.

Die Ökosteuer ist ein wichtiges marktwirtschaftliches Instrument, um die Knappheit des Gutes Umwelt zu signalisieren, weil „Luft“ ja keinen Preis hat. Sie ist aber kein Zauberinstrument, um damit die Rentenbeiträge in den Griff zu bekommen oder gar den Arbeitsmarkt. Die Politiker sollten den Mut haben, dies den Leuten zu sagen. Ehrlichkeit währt am längsten, bei Befürwortern der Ökosteuer wie auch ihren Gegnern.

DIE RHEINPFALZ, 23.8.2001

Klima und Terror

Von Wolfgang Blatz

Terroristen, Biowaffen-Attacken per Post, der Einsatz westlicher Soldaten in und um Afghanistan, Fingerabdrücke in Pässen – was interessiert da schon Klimaschutz, was soll da die Diskussion um ein paar Millionen Tonnen Kohlendioxid?

Die Sorge, dass die Politik nur noch vom Kampf gegen den Terror dominiert wird, genauer: vom militärisch-sicherheitstechnischen Denken, teilt offenbar auch Kofi Annan. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat seine Befürchtungen bei der Eröffnung der UN-Generalversammlung ausgesprochen. Im Hinterkopf hatte er vermutlich die gerade zu Ende gegangene Welt-Klimakonferenz in Marokko – und insgeheim hat sich Annan wohl gewünscht, dass die USA etwas von ihrer Macht und Energie, die sie jetzt gegen Bin Laden und die Taliban wenden, in den Klimaschutz-Prozess einbrächten. Doch Washington steht weiter abseits.

Freilich: Auch andere wichtige Industrieländer haben sich nicht mit Ruhm bekleckert. Kanada, Russland und Japan haben kleinlich darum gefeilscht, wie sie den größten Vorteil für sich herausholen können. Ungehört verhallt sind offenbar die Worte eines Annan-Mitarbeiters namens Klaus Töpfer. Der Ex-Bundesumweltminister und heutige Chef der UN-Umweltbehörde hat den Treibhauseffekt als Aggression der Industrieländer gegen die armen Staaten bezeichnet, weil diese von den Folgen eines Klimawandels am stärksten betroffen sind.

Was wohl passiert, wenn sich moslemische Staaten wie beispielsweise Bangladesh aufgrund des steigenden Meeresspiegels akut in ihrer Existenz gefährdet sehen?

Kyoto light

Von Wolfgang Blatz

Die Welt hat nun bald ein Kyoto-Protokoll. Doch was hat sie nun davon? Rein rechnerisch nicht sehr viel. Allem tagelangen Feilschen, Rechnen, Disputieren, Lamentieren und Insistieren bei der Bonner Weltklimakonferenz zum Trotz. Um 5,2 Prozent gegenüber 1990 hätte – dem ursprünglichen Plan zufolge – der Ausstoß an Treibhausgasen bis zum Jahr 2012 zurückgehen sollen. Nun sollen es magere 1,8 Prozent werden, manche Experten sprechen sogar von null Prozent.

Damit es überhaupt zu einer Umsetzung der 1997 im japanischen Kyoto beschlossenen Pläne zum weltweiten Klimaschutz kommt, sind die Verfechter des Kyoto-Protokolls, in der Hauptsache die EU-Staaten, den Bremsern und Zauderern weit entgegengekommen. Man könnte auch sagen: Sie haben sich erpressen lassen. Von Japan, Kanada, Russland, Australien, deren Regierungen genau wussten: Entweder wird unseren Forderungen entsprochen – oder das Kyoto-Protokoll löst sich in Rauch auf.

Die Bonner Konferenz – ein Fehlschlag also? Es ist richtig: Viele der in Bonn verhandelnden Länder sind ihrer Verantwortung für künftige Generationen, für die vom Treibhauseffekt besonders bedrohten Länder des Südens nicht gerecht geworden. So dürften die von Überschwemmungen bedrohten Inselstaaten im Pazifik und Indischen Ozean langsam verzweifeln, weil ihre Überlebenschancen in jenem Maße sinken, in dem die Reduktionsziele für Treibhausgase gesenkt werden.

Dennoch wird die Bonner Konferenz vermutlich nicht als fruchtloser Abschluss jahrelanger Bemühungen um den Klimaschutz in die Geschichtsbücher eingehen. Klimaschutz ist ein Prozess – und das Bonner Treffen bildet insofern einen Wendepunkt, als hier erstmals alle Industrieländer, mit Ausnahme der USA, an einem Strang ziehen. Mehr oder weniger.

Der Bonner Beschluss hat auch noch eine zweite weltpolitische Dimension: Die Vereinigten Staaten sind mit ihrem Versuch gescheitert, die Vereinten Nationen zu entmachten – die UN, die als einzige Institution versuchen, Probleme wie den grenzüberschreitenden Treibhauseffekt auch global zu regeln. Die UN, die sich aus 189 Staaten und ebenso vielen Ansichten zusammensetzen und die daher immer mal wieder im Clinch mit der einzig verbliebenen Supermacht liegen, insbesondere unter Präsident George W. Bush. Denn die USA, die in besonderem Maße für die Globalisierung der Wirtschaft eintreten, wünschen im Gegenzug keine Globalisierung des Klimaschutzes, keine international verpflichtenden Vorgaben.

Freilich ist klar: Klimaschutz ohne den hauptsächlichen Verursacher von Treibhausgasen ist auf längere Sicht unmöglich. Doch weil das jetzt ausgehandelte Protokoll, positiv gewendet, überaus flexibel ist, steht die Tür den USA für einen Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt offen. Wie die US-Präsidentschaftswahlen gezeigt haben, sind die Vereinigten Staaten politisch betrachtet schließlich alles andere als homogen; Präsidenten können auch wieder abgewählt werden ... Zudem hat Präsident Bush mit seiner Weigerung, das Kyoto-Protokoll anzuerkennen, das Thema Klimaschutz erst wieder auf die politische Tagesordnung der USA befördert. Hier ist noch Bewegung, hier sind auch Überraschungen drin.

Das nun anvisierte „Kyoto-Protokoll light“ ist dürftig. Es bildet aber die Basis dafür, dass später – politischer Wille vorausgesetzt – ernsthaftere Klimaschutzziele erreicht werden können. Denn wenn die Prognosen der Klimaforscher stimmen, müssen bis Mitte des Jahrhunderts rund sechzig bis achtzig Prozent der Treibhausgase gegenüber 1990 eingespart werden, damit es keine Klima-Verwerfungen gibt.

Das Kyoto-Protokoll ist ein Anfang, wenngleich ein sehr bescheidener.

DIE RHEINPFALZ, 24.7.2001

Es lebe die Dose?

Von Wolfgang Blatz

Hätte Christo für die Verhüllung des Reichstages anno 1995 nicht zu Stoff gegriffen, sondern zu jenen Dosen, die jedes Jahr weggeworfen werden, der Verpackungskünstler hätte einen 200 Meter hohen Müllberg über dem Parlamentsgebäude auftürmen können.

Das Bild stammt von den Verfechtern eines Zwangspfandes auf Einwegverpackungen. Dies sind, neben der Umweltlobby, Städte und Gemeinden (weil sie den Müll sammeln müssen) sowie der Getränkefachhandel und kleine und mittlere Brauereien. Sie, die ihre Produkte nicht bundes- oder europaweit vertreiben, haben Millionen in Mehrwegsysteme gesteckt und fürchten nun um ihre Investitionen. Die Gegenseite – international ausgerichtete Großunternehmen der Handels- und der Braubranche – ficht derweil vor Gericht. Es soll die Veröffentlichung einer Statistik verhindert werden, die zwangsläufig die Einführung eines Pfands nach sich ziehen würde.

Letztlich geht es beim Streit ums Zwangspfand vor allem um wirtschaftliche Interessen. Der Preiskrieg zwischen den Handelsunternehmen (und den Tankstellen) wird schließlich auch mit Hilfe der Dose geführt: Dumpingpreise sollen mehr Käufer anlocken, die dann auch andere Sachen kaufen. Doch kann es sein, dass Unternehmen ihre Marktanteile auf Kosten der Umwelt und der Gesellschaft vergrößern? Das Zwangspfand auf Dosen muss schnell kommen. Schon deshalb, weil es sonst das Mehrwegsystem nicht mehr gibt.

DIE RHEINPFALZ, 7.12.2001

Lila Kühe

Von Wolfgang Blatz

Wenn Sie „Gundermann“ für einen unbekanntes Quizmaster halten, bei „Storchschnabel“ an eben jenes Teil eben dieses Tieres denken und Ihnen bei „Frauenmantel“ vor allem Jil Sander einfällt, befinden Sie sich in guter Gesellschaft. Denn viele Deutschen kennen diese früher gut bekannten Pflanzen nicht mehr.

Das wäre natürlich nicht weiter schlimm. Doch dieses Unkenntnis steht für einen Trend: Die Deutschen, so beklagte kürzlich beispielsweise die Umweltstiftung Euronatur, wissen immer weniger über die Artenvielfalt von Tieren und Pflanzen Bescheid. Sie kennen sich nicht mehr aus in der Natur vor ihrer Haustür und ihren Kreisläufen. Allem Biologie-Unterricht zum Trotz.

Bei den Naturschützern sieht man einen Grund für die sich schleichend verbreitende Unkenntnis schlicht darin, dass immer weniger Menschen in der Land- und Forstwirtschaft arbeiten und so Kinder nicht mehr wie früher automatisch die Kenntnis darüber vermittelt bekommen, was da so alles kreucht und fleucht. Viele Eltern können jetzt schon ihren Kindern nicht mehr erklären, welche Bäume im Wald stehen – durch den gekappten Wissenstransfer von Generation zu Generation dürfte sich die Unkenntnis der heimischen Natur dramatisch verschärfen.

Warum das so schlimm sein soll? Weil eben parallel zum allgemeinen Wissen auch Tier- und Pflanzenarten unwiederbringlich aussterben. In Deutschland sind 27 Prozent der heimischen Farn- und Blütenpflanzen, 35 Prozent der Moose und über ein Drittel aller Tierarten in ihrem Bestand gefährdet. Wer freilich die verschiedenen Tiere, Pflanzen und deren Ansprüche nicht kennt, schert sich auch nicht um deren Bedürfnisse. Sie scheinen ja nicht zu existieren. Somit ist es vielleicht doch besorgniserregend, sollten Schüler glauben, lila Kühe spendeten die Milch, weil sie das liebe Vieh eben nur von der Reklamewand und vom Fernsehen her kennen.

Mit Natur beschäftigen sich viele Deutsche allenfalls noch im Urlaub. Da wird Wert gelegt auf eine „natürliche“, intakte Umgebung. Im Alltag dagegen kommt Natur kaum mehr vor. Das zeigt auch die Diskussion um den „Schutz der Natur“, bei der genau genommen der Mensch im Mittelpunkt steht und der Erhalt von dessen Lebensgrundlagen (Beispiel: Klimaveränderung). Die Experten unterscheiden denn auch fein zwischen Umwelt- und Naturschutz.

Naturschutz im engen Sinne, wo die Sorge vordergründig „nur“ den Pflanzen und Tieren gilt, spielt im öffentlichen Diskurs kaum mehr eine Rolle. Allenfalls sorgt Naturschutz für Aufregung, wenn dadurch Investitionsprojekte verzögert werden. So wie jüngst in Hamburg, als es um die Frage ging: Soll der Riesenvogel Airbus A 3xx in einer neu zu erstellenden Fabrik gebaut werden oder haben Löffelente und Schierlings-Wasserfenchel in dem bestehenden Landschaftsschutzgebiet namens Mühlenberger Loch Vorrang? (Natürlich nicht!)

Den Schutz der Natur haben die Deutschen komplett an den Staat delegiert. Festgelegt sind die Grundregeln im Bundesnaturschutzgesetz. Heute soll im Bundeskabinett – nach zähem Ringen – ein neuer Entwurf abgesegnet werden. Teilnahmslos hat die Republik registriert, wie sich die jeweiligen Lobbygruppen, Naturschützer und vor allem die Bauern, zuvor den üblichen heftigen Schlagabtausch geliefert haben. Das neu gefasste, umfassende Gesetzeswerk macht Sinn. Freilich wird sein Sinn zunehmend hinterfragt werden von Menschen, die nicht mehr wissen, dass Vögel in Ruhe brüten müssen, dass Brachland mehr ist als nur potenzielles Bauland. Die Politik sollte sich deshalb dringend Gedanken machen, wie die Erosion im Wissen um Blüten, Bäume und Bachstelzen aufzuhalten ist. Denn sonst laufen Politiker Gefahr, eines Tages Gesetze zu schmieden, die kaum mehr jemand versteht – und akzeptiert.

Den Deutschen geht das Wissen darüber verloren, welche Tiere und Pflanzen hierzulande leben – und wie sie leben. Die Politik muss gegensteuern.

„Politiker laufen Gefahr, eines Tages Gesetze zu schmieden, die kaum mehr jemand versteht – und akzeptiert.“

Datum: 30.05.2001
Bereich: Mantel
Seitenname: 02POLI

Quelle: RHP
Umfang: 999
Ressort: POLI

Lärm und Asphalt

Von Wolfgang Blatz

Der Schutz des Klimas ist das derzeit wohl drängendste Umweltproblem. Schon weil der Bremsweg so lang ist und Rettungsaktionen jetzt eingeleitet werden müssen, soll sich die Situation in ein paar Jahrzehnten nicht gravierend verschlechtern. Freilich werden über diese Fokussierung auf den Klimaschutz viele andere Umweltprobleme aus dem öffentlichen Bewusstsein verdrängt. Nahezu unbeachtet bleibt zum Beispiel die Tatsache, dass täglich allein in Deutschland Flächen in der Größenordnung von 200 Fußballfeldern zubetoniert werden. Für Straßen, für Häuser. Wer weiß schon, dass eine Straße in einem großen Wald genügen kann, damit dort Tier- und Pflanzenarten aussterben? Für sie nämlich bildet das – von der Luft aus betrachtet – schmale Asphaltband ein unüberwindliches Hindernis. An die verdrängten Umweltprobleme erinnerte gestern wieder einmal der Jahresbericht des Umweltbundesamtes. Auch daran, dass sich die Hälfte der Bevölkerung massiv durch Lärm belästigt fühlt. Dabei könnte der gesundheitsschädliche Verkehrslärm auf bundesdeutschen Straßen halbiert werden, wenn sich lärmarme Reifen durchsetzen würden. Die gibt es bereits zu kaufen – doch kaum eine Firma hat dafür, damit's auch jeder mitbekommt, das Umweltzeichen mit dem „Blauen Engel“ beantragt. Verkaufsschlager sind eben nicht lärmarme Reifen, sondern Breitreifen. Wahr ist: Der Mensch verursacht Umweltprobleme, unter denen er selbst mitunter am meisten leidet. Wahr ist aber auch: Helfen, sich und der Umwelt, kann ebenfalls nur der Mensch. Der Mensch verursacht Umweltprobleme unter denen er mitunter selbst am meisten leidet.

Datum: 24.02.2001

Umfang: 999

Thema: Politik

Quelle: RHP

Ressort: POLI

Seitenname: 02POLI

Müll und Mensch

Von Wolfgang Blatz

Nun ist der Streit um die Dose im Bundesrat entschieden. Doch der Zwist um Zwangspfand, Mehr- und Einwegflaschen wird weitergehen. Es sieht nicht so aus, als werde die Bundesregierung das knappe Votum der Länder umsetzen – und dann tritt eben eine Klausel des bestehenden Gesetzes in Kraft, die besagt: Es kommt ein Pfand, aber nur auf Bier und Wasser in Einwegbehältern. Das wollten eigentlich alle politisch Verantwortlichen vermeiden; die betroffenen Unternehmen werden dagegen klagen. Also: neuer Streit. Doch selbst wenn Umweltminister Trittin wider Erwarten den Bundesrats-Vorschlag übernehme, wären weitere hitzige Debatten programmiert. Denn die Haken sind allzu offensichtlich. So soll die Lebensmittelindustrie verpflichtet werden, eine bestimmte Getränkemenge in ökologisch „guten“ Verpackungen abzufüllen. Der darin enthaltene Anteil von Mehrwegverpackungen liegt jedoch unter der bereits gültigen Mehrwegquote von 72 Prozent.

Hauptärgernis aber: Wenn die Industrie zwei Jahre lang unter ihren zugesagten Mengen bliebe, müsste sie Vertragsstrafe zahlen. Dann wären Politik und Getränkeindustrie indes wieder an genau dem Punkt, an dem sie heute schon sind. Denn dass das Thema „Dosenpfand“ auf der Tagesordnung des Bundesrates erschien, liegt ja einzig daran, dass die Mehrwegquote bei Bier und Mineralwasser seit Jahren nicht mehr gestimmt hat. Die Frage erscheint damit nur zu berechtigt: Wozu eine nochmalige Verlängerung der Galgenfrist? Der Dosenstreit wird die Deutschen also noch ein Weilchen beschäftigen. Dabei sollten sie freilich nicht den Fehler begehen, zu glauben, mit dem Dosen-Problem hätten sie irgendwann einmal das Abfall-Problem als solches im Griff. Denn wer den Blick von der Dose losreißt, erkennt: Dosen sind nur ein Teil des Puzzles. Die Gesamtmenge des hierzulande anfallenden Abfalls beläuft sich auf unvorstellbare 350 bis 370 Millionen Tonnen jährlich. Nur etwa ein Elftel davon ist Siedlungsabfall, darunter versteht man Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfall oder Sperrmüll. Den Löwenanteil am Abfall halten Bauschutt, (Sonder-)Müll aus der Wirtschaft sowie Klärschlamm.

In den 45 Millionen Tonnen Siedlungsabfällen wiederum sind rund elf Millionen Tonnen Glas, Papier, Kunststoffe und Metalle enthalten, die laut Gesetz getrennt gesammelt werden. Um diese – freilich nur relativ gesehen – geringe Menge indes dreht sich fast komplett die öffentlich geführte Abfall-Diskussion.

Zwar gibt es bei der Müllentsorgung unbestreitbare Erfolge, doch der verwalterische und finanzielle Aufwand hat ebenfalls zugenommen. So ist für die getrennt zu sammelnden Stoffe vor über zehn Jahren das Duale System Deutschland (DSD) mit dem Lizenzsymbol Grüner Punkt geschaffen worden. Aber: Macht es beispielsweise Sinn, dass ans DSD auch Gebühren bezahlt werden müssen für Klein-Verpackungen, die kaum sortenrein zu verwerten sind?

Und während über Siedlungsabfall, über Dosenpfand und dünne Plastikfolien debattiert wird, verschwinden – dem Kreislaufwirtschaftsgesetz zum Trotz – Industrieabfälle in stillgelegten Bergwerken oder landen als Ersatzbrennstoff in Zementwerken. Auch Fachleute blicken im Abfallrecht nicht mehr durch – oder nutzen dessen Unklarheiten aus.

Hier muss sich einiges ändern – auch weil sonst immer mehr Bürger, irritiert durch die Widersprüche, ihren Dreck einfach wegwerfen. Außerdem wird gegenwärtig noch viel zu sehr darüber diskutiert, wie Müll entsorgt werden kann, anstatt darüber, ob dieser Abfall bei der Produktion überhaupt entstehen muss. Selbst wenn das Problem Dose wirklich einmal vom Tisch sein sollte – viele andere, mitunter auch gewichtigere Müllprobleme werden dann noch zu lösen sein.

Nachgeforscht

Warme Nächte und die Qualität des Rieslings

Klima-Experten in Potsdam untersuchen die Zukunft des Weinbaus in Deutschland und Europa

Von unserem Redakteur

Wolfgang Blatz

Warum sich das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (Pik) mit dem Weinbau in Deutschland beschäftigt? Für den stellvertretenden Direktor Manfred Stock ist „dies naheliegend, wenn man der Frage nachgeht: Welches sind die Bereiche, in denen eine Klimaveränderung bei uns Auswirkungen haben würde?“. Ein sensibler Bereich ist mit Sicherheit die Landwirtschaft – und hier insbesondere der Weinbau. Schließlich wird die Qualität eines Weins außer durch die Art des Bodens durch das Klima bestimmt, in dem die Rebe wächst, beispielsweise durch Sonnenscheindauer und Niederschlagsmenge. Diese Faktoren regeln die unterschiedliche Qualität der Jahrgänge.

„Wir wissen zwar, dass es Zusammenhänge zwischen Klima und Weinqualität gibt“, sagt Stock. „Aber es gibt noch keine exakten wissenschaftlichen Methoden, um diese Zusammenhänge darzustellen.“ Diese Wissenslücke will das Potsdam-Institut nun schließen: mit dem Forschungsvorhaben „Anpassung der Weinproduktion an die Klimaveränderung“ (Projekt-Kürzel: Clawine). Es ist zunächst auf drei Jahre angelegt. Dann wollen die Potsdamer Forscher den Nachweis erbracht haben, „dass unser Ansatz vernünftig ist“. Stock schwebt darüber hinaus ein europäischer Ansatz als EU-Projekt vor. Sein Institut unterhält bereits Kontakt zu mehreren Wissenschaftszentren in wichtigen Weinbauregionen des Alten Kontinents. Mit von der Partie sind Franzosen, Italiener, Portugiesen, Spanier, Österreicher und Ungarn. Schließlich, so Stock, „betrifft eine Klimaveränderung ganz Europa“. Und somit auch das geltende europäische Regelwerk, das europaweit festlegt, wie Weine zu erzeugen sind, damit sie als Qualitätsweine gelten.

In Deutschland arbeiten die Potsdamer intensiv mit der Forschungsanstalt Geisenheim im Rheingau zusammen, die ihre wissenschaftliche Kompetenz einbringt. Stock: „Wir können nicht in allen Weinbauregionen Deutschlands vertreten sein.“ Die Modelle jedoch, die aus dieser Zusammenarbeit mit den Forschern im Rheingau entstehen, sollen übertragbar sein: auf die Weinbaugebiete in der Pfalz, am Kaiserstuhl, ...

Eine Vermutung hat Manfred Stock bereits: Der Riesling-Anbau, für den Deutschland berühmt ist, könnte durch höhere Durchschnittstemperaturen gefährdet sein. „Für die Qualität eines Rieslings sind kühle Nächte wichtig, das beeinflusst den Säuregehalt im Verhältnis zum Zucker positiv.“ Bei den vermuteten Auswirkungen des Klimawandels würden die Nächte aber wärmer werden – der Riesling somit einen anderen Charakter erhalten. „Als Konsequenz müssten die betroffenen Winzer wohl andere Sorten anbauen“, vermutet Stock.

Welche das sein könnten, und ob der Trend in jedem Fall in Richtung Rotweine weist – das eben will das Potsdamer Institut mit Hilfe seiner Computermodelle und den Daten, die Winzer und Forschungsanstalten liefern, herausfinden.

Den Computerberechnungen in Potsdam zugrunde liegen die weltweiten Szenarien des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change), jener Institution, die für die Vereinten Nationen die Auswirkungen des Treibhauseffekts berechnet. Das IPCC geht davon aus, dass die globale Durchschnittstemperatur bis 2100 um 1,4 bis schlimmstenfalls 5,8 Grad ansteigen könnte.

Anderswo haben Wissenschaftler bereits Studien zum Zusammenhang zwischen Klima und Weinwirtschaft angefertigt. Stock: „In Australien beispielsweise, wo Weine mittlerweile eine beachtliche Güte erreicht haben und dementsprechend Exportschlager geworden sind, ist der Qualitätswein gefährdet. Denn guter Wein gedeiht nun mal nicht in den Tropen.“

Noch wird der beste Wein in Australien an der Südküste angebaut. Der Treibhauseffekt würde aber zu einer Verschiebung der Klimagürtel führen; für den Weinbau günstige Regionen wanderten weiter südlich – ins Meer sozusagen. Die jetzigen Weinbaugebiete, so sagen die Computermodelle voraus, würden unter tropischen Einfluss geraten.

Solch gravierende Probleme – verglichen mit den Szenarien für Deutschland – könnte der Treibhauseffekt laut Stock auch den europäischen Südländern bereiten. Italien, Spanien und Griechenland dürften nämlich unter zunehmender Trockenheit leiden, die Probleme für die dortige Weinwirtschaft aufwirft.

DIE RHEINPFALZ 16.7.2001

Schweineerei

Von Wolfgang Blatz

„Fleisch, ein Stück Lebenskraft“ – mit diesem Slogan lässt sich hierzulande niemand mehr locken. Wenn es, nach BSE, noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Agrarindustrie krank ist (und krank macht), so haben ihn jetzt die Bayern geliefert. Doch wir wollen's genau nehmen: Nicht erst jetzt, sondern bereits Ende 1999 hat die Tierärztekammer schriftlich darauf hingewiesen, dass etwas faul ist im Freistaat. Dass Schindluder getrieben wird mit Medikamenten bei der Schweineaufzucht. Passiert ist freilich nichts. Schau'n mer mal, dann seh'n mer schon, lautete offensichtlich die Devise in den Münchener Ministerien. Ja, ist die Politik denn mit dem Agrar-Business verflochten? Schon deshalb ist die Art, wie in Deutschland, in Europa Nahrungsmittel produziert und überwacht werden, verbesserungsbedürftig. Der Schweinemast-Skandal zeigt aufs Neue: Wenn auf Teufel komm "raus „billig“ produziert wird, bleibt einiges auf der Strecke: zuvorderst die Gesundheit der Menschen und der Tiere. Wegen des Preisdrucks haben Züchter zur pharmazeutischen Keule gegriffen. Damit die Tiere, wenn sie dichtgedrängt in den Ställen stehen, sich nicht gegenseitig anstecken. Was in Bayern lief, war illegal. Doch auch der ganz legale Einsatz von Medikamenten bei der Tierzucht lässt noch viele Hintertürchen offen. Seit vielen Jahren schon denken die Länder, die Bundesregierung, die EU daran, diese zu verschließen – den Einsatz von Antibiotika im Futter ganz zu verbieten. Das sollte endlich geschehen, dann hätten es Betrüger wie jene in Bayern sehr viel schwerer. Kaum hat der Verbraucher den BSE-Schock einigermaßen verdaut, muss er einen Skandal mit Schweinen schlucken.

Datum: 23.01.2001

Umfang: 999

Thema: Politik

Quelle: RHP

Ressort: POLI

Seitenname: 02POLI

Der Hintergrund

Aufforstung – ein zweifelhafter Weg zum Klimaschutz

Manche Industrieländer wollen ihre Wälder und Waldböden gegen den Kohlendioxid-Ausstoß anrechnen lassen

Aus Bonn berichtet

unser Redakteur Wolfgang Blatz

Was ist ein Wald? Ab wieviel Bäumen spricht man von einem Wald? Je länger man über diese Fragen nachdenkt, desto heftiger kann man ins Grübeln kommen. Genauso ging es den Delegierten bei der letzten Klimakonferenz in Den Haag, die sich im November 2000 unter anderem wegen solcher Fragen nicht auf ein Ergebnis einigen konnten – weswegen jetzt in Bonn nachverhandelt wird.

Es geht bei der Diskussion um Bäume, Wälder und Ackerflächen freilich weniger um ein philosophisches Problem, als vielmehr um die Möglichkeit, mit Pflanzen das Treibhausgas Kohlendioxid zu binden – und es geht natürlich auch um viel Geld. Auf den ersten Blick wirkt die Idee bestechend einfach: Wälder speichern Kohlenstoff in pflanzlicher Biomasse; Böden speichern Kohlenstoff in der Humusschicht. Wälder und ihre Böden sind somit „Senken“ für Kohlenstoff, der im Gas Kohlendioxid (CO₂) enthalten ist und dessen ansteigende Konzentration in der Atmosphäre mit zum Treibhauseffekt beiträgt.

Harte Pragmatiker unter den Klima-Diplomaten und -wissenschaftlern behaupten, dass durch Aufforstungsprojekte (und angepasste Ackerbaumethoden wie weniger tiefes Pflügen) auch Klimaschutz betrieben werden kann. Eifrige Verfechter dieses Ansatzes sind insbesondere Kanada, Japan oder USA, aber auch südamerikanische Staaten oder Russland. Sie versuchten – und versuchen weiterhin –, Forstprojekte auf ihr nationales Klimaschutz-Konto anrechnen zu lassen. Seien es Aufforstungsprojekte, die im eigenen Land durchgeführt werden, oder Anpflanzungen, die – mit Geldern der Entwicklungshilfe – in einem Staat des Südens, insbesondere in tropischen Ländern, durchgeführt werden.

Doch in dieser scheinbar einfachen und wirkungsvollen Methode zum Klimaschutz stecken jede Menge Probleme: Waldbrände können das eingebundene Kohlendioxid jederzeit wieder frei setzen – wie also soll man eine Senke wirklich für den Klimaschutz werten? Es steht zu befürchten, dass sich Industrieländer so genannte „Kyoto-Wälder“ in einem Dritte-Welt-Land sichern, deren Fläche dann für die dort lebenden Menschen nicht mehr zur Verfügung stünde. Die einfache Anrechnung von Senken auf den Klimaschutz wäre, so urteilen Umweltschützer und EU, die einfachsten Möglichkeiten für Staaten, sich aus der Verantwortung zu stehlen – weil sie eben keine wirklich durchgreifenden Maßnahmen zu Gunsten des Klimaschutzes durchführen wollen.

Dennoch wird eine teilweise Anrechnung von Senken nicht zu vermeiden sein, soll dem Kyoto-Protokoll zum Durchbruch verholfen werden. Russland und Japan, die beiden „Joker“ dieser Klimaschutz-Runde, werden sich sonst ebenfalls vom Kyoto-Protokoll verabschieden. Moskau, so ist zu hören, will sich sogar günstige und umfangreiche Kredite für Senken-Wachstum in großem Stil erstreiten.

DIE RHEINPFALZ, 20.7.2001